

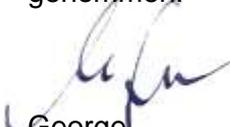
Informationsvorlage an den Stadtrat

Betreff: Information zur öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Bad Blankenburg

Mitglieder des Stadtrates der Stadt Bad Blankenburg wie auch Bürger der Stadt sehen Handlungsbedarf bei der Durchsetzung der Ordnungsbehördlichen Verordnung im Kurpark der Stadt Bad Blankenburg durch das Ordnungsamt der Stadt Bad Blankenburg, die Kontaktbereichsbeamten und gegebenenfalls einen Sicherheitsdienst. Darüber hinaus wurde der Wunsch nach einem Alkoholverbot im Kurpark (Bereich vom Tretbecken bis zum Freibad) geäußert. Daraufhin fand am 08.07.2020 eine Beratung mit der Polizei und Vertretern der Fraktionen des Stadtrates, des Freibadvereins, des Altersheims der Diakonie, des REWE-Marktes und der Wohnungsbaugesellschaft statt, wo die Thematik diskutiert wurde.

Im Ergebnis der Beratung wurde festgestellt, dass die Festlegung eines Alkoholverbotes im gesamten Kurpark oder auch nur in Teilen des Kurparkes keine Lösung für die Thematik darstellt, sondern nur eine Verlagerung. Ziel sollte es sein, über das Jobcenter oder das Landratsamt einen Sozialarbeiter bzw. Maßnahmen zu generieren, die zu der betroffenen Personengruppe Kontakt aufnimmt und gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen sucht bzw. die Einbindung in Maßnahmen organisiert. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte darin überein, dass die Festlegung eines Alkoholverbotes keine Basis für eine Verbesserung der Situation darstellen würde, wenn man gemeinsam mit den Betroffenen nach einer Lösung suchen will. Der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes neben Ordnungsamt und Polizei fand zum jetzigen Zeitpunkt keine Zustimmung, da auch hier nur die Verlagerung des Problems erreicht würde, es in der Sache an sich aber keine Veränderung bringen würde. Seitens der Polizei wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass die Kontaktbereichsbeamten der Stadt Bad Blankenburg regelmäßig den Stadtpark und das übrige Stadtgebiet bestreifen und diesbezüglich auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt der Stadt festzustellen ist. Regelmäßige Abstimmungen zwischen Polizei, Obdachlosenbetreuung und Ordnungsamt tragen dazu bei.

Am 09.07.2020 fand ein Gespräch mit einem Vertreter des Jobcenters statt. Er bestätigte grundsätzlich die Möglichkeit von Maßnahmen und der Begleitung der Betroffenen. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung wird nun eine geeignete Maßnahme gesucht und Kontakt aufgenommen.


George
Bürgermeister